

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses
am Mittwoch, den 15.07.2020
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:32 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit ab 16:30 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski ab 16:07 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel

Frau Eva Bublitz

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Frau Eva Hafner

Herr Markus Herrmann

Herr Wolfram Hub
Herr Jürgen Musch
Herr Helmut Ott
Frau Birgit Pedoth
Herr Alexander Trautmann

Gast

Frau Integrationsbeirätin Aslihan Dosgül	bis 17:01 Uhr.
Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin	
Herr Stadtrat Thomas Krieg	ab 16:33 Uhr.
Herr Stadtrat Thomas Maihöfer	ab 18:00 Uhr.

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Tagesordnung

=====

- 1** Klimaschutzbericht 2019
- 2** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 915 H "Holder II", Gemarkung Großdeinbach
- Satzungs- und Baubeschluss
- 3** Variantenuntersuchung zum Erhalt der Stand- und Verkehrssicherheit bzw Teilabbruch/Abbruch Rotrinnensteg
- 4** Radabstellanlage am ZOB in Schwäbisch Gmünd
- 5** Flachdachsanierung CCS, Bauteil Foyers, Eingangsbereiche und Hans-Baldung-Grien-Saal
hier: Vergabe
- 6** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 6.1** Wohnen in den Fehrle-Gärten
- 7** Bekanntgaben
- 7.1** Forstweg
- 8** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Klimaschutzbericht 2019
Vorlage: 097/2020

Protokoll:

Herr Hecker präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass der Klimaschutzbericht jedes Jahr präsentiert werde. Man habe bereits Einiges erreichen können und Fortschritte erzielt. Bei den Stadtwerken habe man zum 1. Januar 2020 komplett auf Ökostrom umgestellt. Beim Verkehr habe man Nachholbedarf. Zum 24.06.2019 habe es in Schwäbisch Gmünd 49.882 und im Ostalbkreis 294.181 zugelassene Fahrzeuge gegeben, zum 24.06.2020 49.659 in Schwäbisch Gmünd und 298.020 im Ostalbkreis. Während Corona habe man einen Rückgang bei der Anmeldung von Fahrzeugen gehabt. Man habe immer noch steigende Zahlen, man könne das daher nicht ignorieren. Gemeinsam mit der Stadt Tübingen habe man sich ausgetauscht und wolle ein „Gut-für’s-Klima“-Konzept erarbeiten. Die Stadtwerke sollten hier die Führung übernehmen, man wolle sich mit dem Gemeinderat im Oktober austauschen. Es sei immer eine Abwägung und eine politische Entscheidung, in welche Richtung man gehen werde. Der Klimarat tage am 22.09.2020, hier sei eine höhere Beteiligung der Interessierten vorgesehen.

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich nach der Anzahl der E-Ladesäulen, den Standorten und die möglichen Zeiten der Inanspruchnahme. Man müsse künftig auch Bewässerungsbrunnen in den Bebauungsplänen erarbeiten, damit die Bilanz besser werde. Die CO₂-Belastung müsse weiter gesenkt werden, hierzu benötige man jedoch weitere belastbare Zahlen, nicht nur den Verkehr. Die Steigerung des LKW-Verkehrs um 30 Prozent sei gewaltig. Hier müsse man überlegen, ob man dies nicht mit Lagerhaltung verbessern könne.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die CO₂-Belastung auch ein Punkt des Klimaschutzkonzeptes sei, das man derzeit erarbeite. Beim LKW-Verkehr entwickle sich gerade sehr viel im Bereich Wasserstoff, hierauf werde man im Klimaschutzkonzept eingehen. Über Green Europe, über die Bundes- auf die Landesebene, komme es auf die Kommunen herunter. Das neue Klimagesetz des Landes sei bereits veröffentlicht. Das, was auf europäischer Ebene derzeit diskutiert werde, werde noch auf uns zukommen. Diesem müsse man dann Folge leisten. Die Dichte der E-Ladesäulen werde man aufarbeiten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass heute in der Presse zu lesen gewesen sei, dass man den höchsten CO₂-Wert seit 3 Millionen Jahren im Jahr 2025 erreichen werde. Man habe einen Beitrag zur Erhöhung dieser Werte geleistet, aber

nicht bei der Reduzierung. Mit dem 10-Punkte-Plan habe man bereits einen Anfang gemacht, dies seien aber nur einzelne kleine Punkte. Beim Verkehr sei man gar nicht weitergekommen, man habe eine Erhöhung der PKWs. Das, was man am Verbrauch eingespart habe, habe man mit der Erhöhung der PKWs wieder zunichtegemacht. Man brauche weniger Lärm, weniger Abgase und weniger Feinstaub. Man habe Fortschritte bei den E-Autos und Ladesäulen gemacht, dies reiche aber bei der Bilanz nicht aus. Bereits vor 30 Jahren habe man über 60.000 Einwohner gehabt, die Wege seien länger geworden und es gebe eine höhere Verdichtung. Sinkt die Siedlungsdichte, steigt der Aufwand zur Erhaltung. Wege würden einseitig für das Auto geplant, dies müsse man mit einbeziehen bei der Erreichung der Klimaschutzziele. Er merkt außerdem an, dass Blockheizkraftwerke keine erneuerbaren Energien seien, daher habe man hier nur vier Prozent. Er sei froh, dass Herr Hecker das Tübinger Konzept angesprochen habe, Tübingen habe 200 Wattstunden Ökostrom. Er führt aus, dass die Stadtwerke 100 Prozent Ökostrom für Privatkunden hätten. Hierfür habe man ein Zertifikat gekauft, damit in Österreich erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden. Effektiv nutze man aber weiterhin den Strommix. Man könne daher nicht sagen, dass eine Eisbahn zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werde. Ökostrom heiße außerdem nicht, dass man unendlich Strom ausgeben könne, man müsse dennoch einsparen. Beim Gas habe man eine Erhöhung und keine Reduktion. Auch hier biete Tübingen gute Ansatzpunkte, die man bei den Stadtwerken diskutieren müsse. Außerdem habe man keine Reduktion des Flächenverbrauchs erreicht, was in Bezug auf das klimagerechte Flächenmanagement sehr wichtig wäre. Beim Klimarat habe man nur den Vortrag gehört, die Ergebnisse habe man bisher nicht diskutiert. Er regt an, dies noch zu machen, da der Vortrag nur dann Sinn mache. Man brauche ein neues CO₂-Konzept, er sei gespannt, was man im Herbst vorgelegt bekomme. Man brauche einen neuen Auftrag für die Stadtwerke in Richtung des Tübinger Klimaschutzkonzeptes.

Stadtrat Schwab/SPD schließt sich seinem Vorredner an, der Klimaschutzbericht sei ihm etwas aufgestoßen. Es gebe eine leichte positive Entwicklung im Bereich der Stromeinsparung und beim Strommix. Es müsse noch Einiges getan werden, schneller als bisher. Gerade im Verkehr stehe man vor großen Problemen, diese müsse man entschieden angehen. Man brauche eine Verkehrswende. In den letzten sieben Jahren habe die Treibhausbilanz in Schwäbisch Gmünd stagniert, man brauche jedoch eine Wende. Oberbürgermeister Arnold trage hierfür die Verantwortung, da er das Thema zur Chefsache gemacht habe. Er hoffe, dass das Klimaschutzkonzept Maßnahmen beinhalte, die dem Ausmaß des Klimawandels gerecht werden. Die bisherigen Maßnahmen seien lediglich Klimaanpassungsmaßnahmen, sie würden nicht helfen, Treibhausgase einzusparen. Der heutige Tag solle zu einem Wendepunkt in der städtischen Klimaschutzpolitik werden.

Oberbürgermeister Arnold merkt an, dass man im Rückblick viel bewegt habe. Der bisherige Kurs sei politisch bestimmt gewesen, auch unter Einbezug der Gremien. Das Klimaschutzkonzept werde im Oktober diskutiert werden. Auch dies werde im Kontext zu anderen Aspekten stehen (wirtschaftliche, demografische), es sei außerdem eine Geldfrage. Man solle gerade in den jetzigen Zeiten einen optimistischeren und freundlicheren Blick in die Zukunft haben. Die Menschen müssten auch begeistert werden, damit sie den Weg mitgehen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich bei Herrn Hecker für die schriftliche Vorla-

ge. Diese sei informativ, fundiert und ohne Beschuldigungen. Der Bericht sei nicht beschönigend und bezeichne ganz klar die Defizite. Wenn man Dinge verändern wolle, müsse man den Tatsachen ins Auge schauen. Hier dürfe man nicht optimistisch auf die Analyse schauen und müsse entsprechende Konsequenzen ziehen. Tübingen habe ein sehr umfassendes Programm, welches Schwäbisch Gmünd als Leitbild dienen solle. Tübingen beziehe die Unternehmen mit ein – in Schwäbisch Gmünd gebe es nur den Transformationsrat und dort sei nur eine Person mit ökologischem Sachverstand einbezogen. Er schlägt vor, den Transformationsrat und die Gruppe, die das Klimakonzept erarbeite, zusammenzufassen. Er verstehe nicht, warum man Ökologie und Ökonomie trenne und parallel fahre.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man im Transformationsrat Mitglieder habe, die ökologische Zusammenhänge erkennen und bewerten könnten.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für den Vortrag und den fundierten Bericht. Er erkundigt sich, wie viele E-Fahrzeuge unter den neu zugelassenen PKWs seien. Er regt an, jeweils zum Jahresende die aktuelle Entwicklung zu verfolgen. Die Belastung durch LKWs sei gravierend gestiegen, daher erkundigt er sich nach den Ursachen und möchte wissen, ob es Überlegungen gebe, wie man dem Anstieg künftig begegnen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man zum 24.06.2019 in Schwäbisch Gmünd 210 und im Ostalbkreis 593 E-Fahrzeuge gehabt habe. Am 24.06.2020 seien es in Schwäbisch Gmünd 220 und im Ostalbkreis 763 gewesen. Durch die Förderungen sei zu erwarten, dass der Anteil stärker ansteigen werde.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse nimmt Bezug auf den Anstieg des LKW-Verkehrs und erläutert, dass es nur noch Just-in-Time-Produktionen gebe. Man müsse hier wieder rücksteuern, die Unternehmen hätten dies mit der Corona-Pandemie realisiert.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass es momentan starke Anstrengungen gebe, Wasserstoff- und Brennstofftechnologien voran zu bringen. Dies lasse ihn hoffen, dass es hier zu starken Änderungen komme.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass es den starken lokalen Anstieg nicht erkläre. Man solle sich mit den Ursachen beschäftigen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen versteht nicht, warum die Bundesregierung nun auf Wasserstoff- statt Elektroantrieb setze.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Bemühungen. Er sei sehr hoffnungsvoll, dass es technische Innovationen in nächster Zeit geben werde.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen findet es gut, dass die Stadt das Problem erkannt habe und Schottergärten kritisch sehe. Das Problem sehe er aber vor allem darin, dass Schottergärten an bestehenden Gebäuden entstehen. Er möchte wissen, ob man auch diesen Menschen sowie den Hauskäufern entsprechende Informationen zukommen lassen könnte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Eigentümer einmal pro Jahr bei

der Grundsteuer anschreibe. Man habe dies gemeinsam beschlossen, dass man die Schottergärten nicht mehr mittrage.

Herr Hackner ergänzt, dass man bei jeder Baugenehmigung ein Formblatt beilege. Hier werde unter anderem auch auf die Hecken (Grenzabstand) hingewiesen. Außerdem enthalte es Infos, wie die Gartengestaltung nicht sein solle. Dies sei ein erster Ansatz, man könne hier aber sicherlich über ein Pressegespräch oder über die Grundsteuerbescheide weiter sensibilisieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 915 H "Holder II", Gemarkung Großdeinbach
- Satzungs- und Baubeschluss
Vorlage: 142/2020

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man es für eine ganz ausgewogene Geschichte halte. Es sei nicht klein, dies wisse man. Großdeinbach werde dies jedoch verkraften, da man die entsprechende Infrastruktur habe. In den Bebauungsplan könne man noch aufnehmen, dass keine Schottergärten erlaubt seien. Dies solle dann auch kontrolliert werden. Das Pflanzgebot könne auch eingehalten werden. Man stimme der Vorlage ansonsten zu.

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Verfahren seit 2016 laufe und nicht unbestritten gewesen sei, vor allem aufgrund der verkehrlichen Anbindung. Es habe daher eine umfangreiche Verkehrsuntersuchung gegeben. Diese habe ergeben, dass die Mehrbelastung verkraftbar sein müsse. Man sei gespannt, wie es in der Realität aussehe. Man könne dem Verkehrsgutachten Glauben schenken. Seine wesentliche Empfehlung sei, den ÖPNV besser anzubinden. Hier sei er relativ zuversichtlich. Auf der Landkreisebene werde der Nahverkehrsplan fortgeschrieben, er gehe davon aus, dass man in zwei bis drei Jahren einen Fortschritt sehen werde. Man hoffe, dass die Schottergärten tatsächlich nicht vorkommen werden. Er signalisiert überwiegende Zustimmung der Fraktion.

Stadtrat Zengerle/SPD bringt zum Ausdruck, dass man sich einig sei, dass das lang geplante Baugebiet nun endlich kommen müsse. Er hoffe, dass es so durchgesetzt werde wie es geplant sei. Wenn der Ortschaftsrat dafür sei, sei man nicht dagegen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE meint, dass dieser Tagesordnungspunkt sehr zu Tagesordnungspunkt 1 passe. Nun werde man wieder 5,4 Hektar versiegeln. Dies bedeute

mehr Verkehr und auch einen Flächenverbrauch. Hier werde landwirtschaftliche Fläche vernichtet. Auf dem Gebiet würden Weizen und Gerste angebaut. Man könne davon 300 Personen mit Brot ernähren oder 500, wenn es konventionell wäre. Dies werde wiederum vernichtet. Im Klimaschutzbericht werde davon gesprochen, dass man ca. 300 Hektar Perspektivflächen benannt habe. Ihm sei bisher nicht bekannt wie mit diesen umgegangen werde. Er fordere daher ein entsprechendes Konzept. Er frage sich, ob es sich bei einem Verbrauch von 5,4 Hektar um eine nachhaltige Innen- und Außenpolitik handle. Dies sei für ihn nicht erkennbar. Er könne auch die Ökopunkte-Berechnung nicht positiv bewerten. Es werde immer das Gebiet genommen, das sowieso nicht bebaut werden könne. Wenn man bezahlbaren Wohnraum schaffen wolle, müsse man hier eingreifen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man lediglich einen Vorschlag habe. Man sage nicht wie man es machen müsse, sondern bringe einen Vorschlag. Hier gebe es verschiedene Modelle. Dass man seit 2016 darüber spreche zeige, dass man diesen Punkten vertiefend nachgehen müsse. Es habe vier Jahre gebraucht und es sei eine Verbesserung zum bisherigen Vorschlag eingetreten. Politik sei ein Prozess.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE antwortet, dass er mit den Argumenten des Klimaberichts argumentiere. Er wolle einen integrierten Ansatz finden, es sei eine sachliche Diskussion.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Kurs gemeinsam entscheide. Es gebe Gründe, warum die Mehrheit des Gemeinderats so entscheide. Es stehe nicht im Widerspruch zum Klimabericht. Er spiegele wieder wie weit man gekommen sei. Diesen Weg beschreite man gemeinsam.

Herr Hackner erläutert, dass es 4,5 Hektar seien, die Baugrundstücke würden 58 Prozent ausmachen und es sei ein Grünflächenanteil von 26 Prozent vorhanden. Man realisiere Streuobst- und Blühwiesen, außerdem habe man eine Dachbegrünung verankert.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Variantenuntersuchung zum Erhalt der Stand- und Verkehrssicherheit bzw
Teilabbruch/Abbruch Rotrinnensteg
Vorlage: 132/2020**

Protokoll:

Bürgermeister Mihm erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU bringt zum Ausdruck, dass der Rotrinnensteg ein Hingucker für Schwäbisch Gmünd sei. Es sei nicht lange her, dass man diesen saniert habe. Dass

dieser nun marode werde, treffe einen sehr hart. Vor allem vor dem Hintergrund der Kosten. Man wolle nicht, dass eine Brücke einstürze. Wenn gehandelt werden müsse, dann könne man sich dem nicht versagen. Er erkundigt sich, ob man eine Erhebung habe, wie viele Fußgänger hier tatsächlich darüber gehen. Man müsse außerdem an das Parkdeck Rems herangehen und hier ein Parkhaus installieren. In dem Zusammenhang könne man dann nochmals an den Rotrinnensteg denken. Jetzt reiche als Maßnahme aus, dass man die Sicherheit ins Auge fasse und eine Überquerung der Bahn habe. Der Vorschlag 3 der Verwaltung könne daher mitgetragen werden. Außerdem stelle die Fraktion den Antrag, eine Machbarkeitsstudie bezüglich des Parkdecks bzw. des Baus eines Parkhauses durchzuführen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man hier Parkplätze habe, die überwiegend in privater Hand seien. Negativ sei, dass die Verbindung nach wie vor nicht barrierefrei sei. Man könne dem Vorschlag ansonsten folgen.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass die Verbindung vom Kaffeebergweg zum Parkplatz nicht ideal sei. Variante 4 sei daher genauso gut und 100.000 Euro günstiger, man könne aber auch mit Variante 3 leben.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es vorteilhaft wäre, wenn ein Teil der Brücke vorhanden sei, wenn man den Vorschlag der CDU aufgreife.

Stadtrat Zengerle/SPD stimmt dem zu.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob man den Steg nicht sofort schließen müsse, wenn die Lage so dramatisch sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies geprüft habe und es haltbar sei, wenn man sofort handle. Bei Variante 3 müssten die Fußgänger anschließend die Remsstraße überqueren.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, was eine Querungshilfe sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es sich um eine Fußgängerinsel handle, Details müsse man noch prüfen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE entgegnet, dass dies ein zusätzlicher Nachteil sei, da es sich um eine stark befahrene Straße handle, vor allem wenn der Tunnel gesperrt sei. Es sei ein Betonwerk, ästhetisch umstritten. Er schlägt vor, die Stützpfeiler zu lassen, aber die Spannfelder durch eine Holzkonstruktion zu ersetzen.

Frau Hafner antwortet, dass es einfachste Stahlbehelfsbrücken seien, es seien keine schönen Brücken und keine Holzbrücken. Wenn man es angehe, müsste man die Stützen aufbereiten. Man habe zusätzlich das Problem, dass man auch einen Aufprallschutz machen müsse. Es sei eine Baustellenbrücke. Bei einer Holzkonstruktion müsse man alles neu machen. Man wäre dann bei Kosten in Höhe von etwa 1,2 Millionen Euro.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, warum man dies nicht bereits vor zwei Jahren festgestellt habe.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man sich im Jahr 2013 bei den Verschönerungen im Rahmen der Landesgartenschau auf das Notwendigste beschränkt habe.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schlägt eine andere Wegeführung vor.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es auch in der Steuerungsgruppe Schmiedgassen ein Thema sein werde. Man könne auch hier besprechen wie man weiter vorgehen werde. Die Brücke sei so nicht mehr tragbar. Er fasst zusammen, dass man nächste Woche Vorschlag 3 bringen werde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass der Steg seither schon nicht schön gewesen sei und nun wohl noch schlimmer werde. Er glaubt nicht, dass der Durchgang angenommen werde. Es werde nur Alternative 4 sinnvoll sein. Eine Querungshilfe sei nicht sinnvoll, diese stelle ein erhebliches Gefährdungspotenzial dar. Er erkundigt sich, ob das Risiko bestehe, dass Betonteile der Brücke auf die Fahrbahn fallen.

Bürgermeister Mihm betont, dass es die gesamte Brücke betreffe. Einzelne Betonteile würden nicht herunterfallen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass man es in der Fraktion noch besprechen werde. Es seien alle Varianten nachteilig für die Stadt. Er erkundigt sich, ob das Parkdeck beeinträchtigt sei.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bevorzugt Variante 3 und betont, dass man unverzüglich handeln müsse. Variante 3. Er erkundigt sich, ob es sich um die Gesamtkosten oder lediglich um die Kosten für den Treppenbau handle.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es sich um eine Grobkostenschätzung handle, die jedoch alle Maßnahmen beinhalte, die man bislang kenne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Radabstellanlage am ZOB in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 145/2020**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Farbwahl noch angepasst werde. Die Anlage werde nicht grau oder schwarz sein.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass das Projekt eine gute Sache sei, man allerdings die Kosten im Blick haben müsse. Man gebe Geld aus, das man gar nicht habe. Wenn man 120.000 Euro selbst einsetzen müsse, müsse man sich dies auch leisten können. Man habe einige Projekte auf bei der Corona-Ampel auf „Rot“ gesetzt, daher möchte er sich erkundigen, ob man das Projekt verschieben könne.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass es ein schönes Signal wäre, weil man die Gelder seit 2014 bereitgestellt habe. Man habe seither die Förderzusage. Im Sinne des angesprochenen Mobilitätswechsels brauche man dort einen Mobilitätspunkt, um vom Fahrrad auf die Bahn umzusteigen. Es sei daher im Sinne der vorherigen Diskussion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, über eine funktionale Ausschreibung Angebote zur Erstellung der Radabstellanlage ZOB einzuholen und sofern die Angebote die Forderungen der Stadt hinsichtlich Größe, Anzahl, Funktion und Aussehen erfüllen, diese im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel in Höhe von 220.000 Euro zu vergeben.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Flachdachsanierung CCS, Bauteil Foyers, Eingangsbereiche und Hans-Baldung-Grien-Saal**
hier: Vergabe
Vorlage: 144/2020

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fragt, warum man nicht mehr Photovoltaik anbringen wolle.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass man versucht habe, ein Optimum herauszubringen, auch im Hinblick auf die Finanzen.

Stadtrat Preiß/CDU betont, dass der Gutachter sehr gut sei und dass es gemacht werden müsse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: CCS
nachrichtlich an Amt:

zu 6 **Ausblick auf künftige Vorhaben**

zu 6.1 **Wohnen in den Fehrle-Gärten**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die kritischen Punkte, die Tiefgarageneinfahrt, die Stellplätze und die Gebäudehöhe nun geklärt worden seien.

Bürgermeister Mihm erläutert die veränderten Pläne im Hinblick auf die Gebäudehöhe (siehe Anlage). Man habe die Anzahl der Wohnungen von 167 auf 165 reduziert. Außerdem habe man weitere Besucherparkplätze neben der Tiefgarage geschaffen (siehe Anlage). Die Tiefgaragenzu- und -abfahrt werde über die Goethestraße erfolgen. Der nächste Planungsschritt sei die vorgezogene Bürgerbeteiligung mit dem Bebauungsplanentwurf. Diese finde von Ende August bis Ende September statt. Man werde dann mit einer Vorlage in den Gemeinderat kommen. Der Beschluss werde dann nochmals ausgelegt.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es nun den Vorgaben entspreche. Die Saarstraße und der Siechenbergweg würden nun sehr gewinnen. Auch die zusätzlichen Stellplätze und die Bäume seien gut. Es sei eine gewaltige Verbesserung.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es in den Bürgerbesprechungen immer ein Anliegen gewesen sei, die Zu- und Abfahrt der Tiefgarage über die Goethestraße zu regeln. Er spricht ein großes Dankeschön an Frau Durach aus.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Bekanntgaben**

zu 7.1 Forstweg**Protokoll:**

Herr Bantel gibt bekannt, dass es an der Kreisstraße nach Großdeinbach einen Forstweg gebe. Im Zuge des Ausbaus habe man diesen Forstweg nun befestigen müssen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:20

zu 8 Anfragen**Protokoll:**

Keine Anfragen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: